

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen
am Donnerstag, **28.10.2010**, 17:08 Uhr - 19:50 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

Sprecher/-innen und stellvertretende Sprecher/-innen der Gruppen von Menschen mit Behinderungen und der Arbeitsgruppen

Christine Beirer (Vertretung für Frau Sabine Kollmann), Jürgen Brackmann, Elke Falk, Michael Geuckler, Klaus Katzer, Otmar Knüvener, Maria Pinke, Paul Rudnick, Vera Schnieder (bis 18.55 Uhr), Petra Töns, Elisabeth Wibben,

von der Seniorenvertretung Münster

Heinz Hakenes,

von der CDU-Fraktion

Franziskus-Pius Graf von Merveldt,

von der SPD-Fraktion

Marianne Koch,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Gisela Holtz (bis 19.45 Uhr),

von der FDP-Fraktion

Gisela Schulze Horn,

beratende Mitglieder

Jeannette Thier,

von der Verwaltung

Klaus Ehling, Thomas Hauff, Grit Hecht, Wolfgang Wimmer,

für die Schriftführung

Doris Rüter,

Es fehlten:

Christian Brämswig, Wulf Greiling, Sabine Kollmann, Gabriele Markerth, Franz-Josef Sauer (alle entschuldigt),

zusätzlich anwesende stellvertretende Mitglieder:

Sabine Gebbert, Josef Huesmann, Anna-Maria Koolwaay, Franz-Josef Möllerfeld

Gebärdensprachdolmetscher:

Herr Sündermann, Herr Temming

nichtöffentlicher Sitzungsteil keiner**Tagesordnung**

- | | | |
|---------------------------|----|--|
| | 1. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0678/2010</u>
IV | 3. | Rahmenkonzept zur Schulentwicklungsplanung |
| <u>V/0547/2010</u>
III | 4. | Verbesserungen an Haltestellen
- Förderprogramme 2011 |
| <u>V/0707/2010</u>
III | 5. | Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2009 bis
2020 der Stadt Münster |
| | 6. | Berichte aus den Arbeitsgruppen |
| | 7. | Berichte aus Gremien, in denen die Kommission
vertreten ist |
| | 8. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung**Festsetzung der Tagesordnung**

Frau Koch schlägt vor, den Antrag der AG 2 (Tischvorlage) beim TOP 6 zu beraten.
Die Tagesordnung wird wie vorgesehen festgesetzt.

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen****Frau Rüter informiert:****2.1 Bushaltestelle „Evangelisches Krankenhaus“, Wichernstraße**

Die Bushaltestelle wurde im Oktober mit den neuen Orientierungshilfen für blinde und sehbehinderte Menschen ausgestattet. Erfahrungen mit der neuen Gestaltung sollen bis Weihnachten 2010 gesammelt werden. Die Mitglieder der KIB werden gebeten, diese Information in ihren Vereinen und Gruppen weiterzugeben. Rückmeldungen können an

das Tiefbauamt, Frau Vissing, weitergegeben werden. Die AG 5 wird sich in ihrer Sitzung am 23.11.2010 mit diesem Thema beschäftigen.

Weitere Informationen zur Haltestelle:

http://www.muenster.de/stadt/tiefbauamt/orientierungshilfen_rippenplatten.html

2.2. Hinweise zur Umsetzung von Anregungen bzw. zu Fragen der KIB

Münsteraner Stadtrundfahrten – Anregung der KIB vom 22.09.2010

Der Geschäftsführer der Münsteraner Stadtrundfahrten GmbH hat mitgeteilt, dass die Anregung in dem jetzigen Fahrzeug nicht umgesetzt werden kann. Sofern ein neues Fahrzeug angeschafft wird, besteht die Bereitschaft, die Anregungen der KIB aufzugreifen.

Barrierefreie Zugänglichkeit der Gaststätten/des Hotels im Bereich Germania-Campus - Hinweis von Herrn Rudnick in der Sitzung am 27.05.2010

Das Bauordnungsamt hat mitgeteilt, dass der Konferenzraum im Obergeschoss aufgrund der vorhandenen denkmalgeschützten Baustruktur nicht barrierefrei zugänglich gestaltet werden konnte, da der Raum im Bestand einige Ebenen höher liegt als die darunter liegende Ebene. Das barrierefreie WC befindet sich im Kellergeschoss neben der allgemeinen WC-Anlage des Hotels. Es ist über einen Aufzug zu erreichen und erfüllt damit die Anforderungen der Bauordnung NRW. Die Höhe der Terrassen der Außengastronomie einiger Gaststätten resultiert aus den vorgegebenen Höhen der vorhandenen Gebäude in Verbindung mit baukonstruktiven Vorgaben. Bei der Bauzustandbesichtigung soll die barrierefreie Gestaltung von Teilen der Außengastronomie thematisiert werden.

2.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat: „Aktionsplan Inklusives Gemeinwesen Stadt Münster“

Der Hauptausschuss hat die Verfahrensvorlage am 29.09.2010 beschlossen. Die Vorlage kann im Internet abgerufen werden.

http://www.stadt-muenster.de/ratsinfo/00001/vo_2004032272.htm

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Münster soll in der Sitzung der KIB mit den Vereinen und Verbänden am 30.11.2010 thematisiert werden.

2.4 „Runder Tisch Bauen“

Frau Rüter informiert über den „Runden Tisch Bauen“, der von der Verwaltung eingerichtet wurde. Ziel ist es, regelmäßig (1 x im Monat) einzelne Planungen mit Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen durchzusprechen und ggf. auch Themen für die KIB bzw. die Arbeitsgruppen vorzubereiten.

2.5 Veröffentlichungen

In der Jahres-Statistik 2009 der Stadt Münster sind auf den Seiten 45-47 Daten zu schwerbehinderten Menschen zu finden.

Die Jahresstatistik kann im Internet abgerufen werden.

http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/pdf/Jahres-Statistik_2009.pdf

Die Broschüre „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales enthält den Text der Behindertenrechtskonvention in deutsch, englisch und französisch sowie eine Erklärung der Konvention in leichter deutscher Sprache.

Die Broschüre ist im Internet abrufbar:

(http://www.bmas.de/portal/41694/property=pdf/a729_un_konvention.pdf)

Einzelne Exemplare können auch bei Frau Rüter abgeholt werden.

2.6 Veranstaltungshinweise

- Veranstaltung des LWL am 04.11.2010 „Inklusive Schule – eine Chance für alle“ am 04.11.2010 im Landeshaus
- Vortrag zur UN-Behindertenrechtskonvention am 20.11.2010 im Hörbehindertenzentrum
- Inklusion und Kirche – Veranstaltung am 17.11.2010 im Franz-Hitze-Haus
- Theateraufführung: „Schrille Stille“ (Theaterprojekt mit hörenden und gehörlosen Jugendlichen) im Bürgerhaus Kinderhaus am 30. und 31.10. sowie am 03. und 05.11.2010 im Bürgerhaus Kinderhaus (www.cactus-theater.de)
- Theateraufführung „Peterchens Mondfahrt“ mit Gebärdensprachdolmetscher am 05.12.2010 im Großen Haus der Städtischen Bühnen

Weitere Infos zu diesen Terminen und weitere Terminhinweise:

<http://komm.muenster.org/termine/index.php>

2.7 Sitzungstermine der KIB 2011

Die geplanten Sitzungstermine der KIB in 2011 können im Ratsinformationssystem abgerufen werden:

<http://www.stadt-muenster.de/ratsinfo/00001/sigr441.htm>

2.8 Fahrradsituation im Bereich Rothenburg/Richtung Prinzipalmarkt

Frau Koch berichtet, dass im Bereich der Rothenburg/Nähe Prinzipalmarkt (Nähe Modegeschäft) die Situation insbesondere für Menschen mit Behinderungen schwierig ist, da die Fahrräder so abgestellt werden, dass keine ausreichende Gehwegbreite verbleibt. Sie regt an, dass die Arbeitsgruppe 5 dieses Thema aufgreift.

2.9 Berücksichtigung der Belange von Patientinnen und Patienten mit Behinderungen in Krankenhäusern

Herr Knüvener berichtet, dass der Deutsche Caritasverband sich mit dieser Thematik beschäftigt und dazu auch die Überlegungen der Arbeitsgruppe 2 heranziehen will.

Herr Ehling erläutert die Rahmenbedingungen und das Vorgehen bei der Schulentwicklungsplanung.

Herr Wimmer stellt die Entwicklung der Schülerzahlen vor. Ferner informiert er über das Ergebnis der Elternumfrage zur Schulentwicklungsplanung in Münster und teilt mit, dass dazu eine Ergänzungsvorlage erstellt wurde. Die Ergänzungsvorlage lag noch nicht vor, der Bericht wurde als Tischvorlage verteilt. Herr Wimmer erläutert insbesondere die Ergebnisse der Befragung zum Thema „Inklusiver Unterricht“. 81 % der befragten Eltern können sich für ihr Kind einen inklusiven Unterricht von Kindern ohne und mit Behinderung vorstellen, wenn besondere Förderbedingungen für alle Kinder erfüllt sind.

Im Folgenden beantworten Herr Ehling und Herr Wimmer Nachfragen der KIB-Mitglieder.

Zu der Frage, ob auch Eltern befragt wurden, deren Kinder mit Behinderungen eine Förderschule oder eine Schule mit gemeinsamem Unterricht besuchen, teilt Herr Wimmer mit, dass die Befragung an alle Eltern von Kindern aus den vierten Klassen Münsters gerichtet wurde, also auch an die Eltern von Kindern mit Behinderungen. Zu der Anregung, gezielt die Erfahrungen von Eltern mit dem gemeinsamen Unterricht in Münster zu erfragen, teilt Herr Ehling mit, dass diese ggf. im Rahmen der Konzeptentwicklung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention berücksichtigt werden kann.

Herr Brackmann regt an, bei Bauvorhaben an Schulen auch Aspekte der Raumakustik zu berücksichtigen und Akustikdecken einzubauen. In diesem Zusammenhang stellt er auch die Bedeutung von Lärmprävention heraus - sie sollte bereits in der Grundschule ansetzen. Frau Koch hebt die Bedeutung der barrierefreien Gestaltung von Schulen hervor und schlägt vor, bereits jetzt bei allen Schulumbauten umfassend darauf zu achten, um so die baulichen Rahmenbedingungen für Inklusion zu schaffen. Herr Ehling informiert, dass bei Schulan- und Umbauten auf eine barrierefreie Gestaltung geachtet wird, u.a. auch auf den Einbau von Akustikdecken. Er weist darauf hin, dass mit Blick auf die Umsetzung von Inklusion aber weitere Überlegungen zur barrierefreien Gestaltung der Schulen sowie zu Raumkonzepten erforderlich sind.

Auf Nachfrage von Frau Koch informiert Herr Ehling, dass zurzeit ein Konzept für die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Begabungen entwickelt wird.

Herr Geuckler weist darauf hin, dass das Rahmenkonzept nur die Schülerzahlen an städtischen, nicht aber die an den Förderschulen des LWL und des Generalvikariats ausweist, so dass die Zahlen keine vollständige Grundlage für die Überlegungen zur Inklusion bieten. Er führt aus, dass bei den weiteren Überlegungen zur Inklusion nicht nur städtische, sondern alle Schulen in Münster zu berücksichtigen sind.

Herr Geuckler teilt mit, dass die im Konzept formulierte zeitliche Zielvorgabe für den Ausbau des gemeinsamen Unterrichts in der Sekundarstufe zu spät ist. Er führt dazu aus, dass die Eltern von Kindern mit Behinderungen in Münster bereits sehr lange darauf warten, dass die schulische Integration auch ab Klasse 5 fortgesetzt werden kann und die Entwicklung in Münster im Gegensatz zu Städten im Umland unzureichend ist. Vor diesem Hintergrund hält die Arbeitsgruppe Kinder, Jugendliche und junge Erwach-

sene der KIB die Zielvorgabe im Rahmenkonzept nicht für ausreichend, sondern hält es für erforderlich, dass zeitnah weitere Schulen das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen in der Sekundarstufe I ermöglichen.

Herr Geuckler stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

4.7. wie folgt ergänzen:

Dieses Konzept umfasst nicht nur Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an städtischen Schulen, sondern alle Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in der Stadt Münster

4.8

Bis zur Realisierung des Konzeptes zur Umsetzung der UN-Konvention wird die Stadt gemeinsamen Unterricht in der Sekundarstufe I an weiteren Schulen einführen.

Herr Ehling erläutert, dass die Schulverwaltung bereits Gespräche zur Einrichtung einer integrativen Lerngruppe mit weiterführenden Schulen geführt hat und dass es in Münster in einigen Schulen auch bereits Ansätze für eine Öffnung für Kinder mit Behinderungen gibt, so z.B. Überlegungen zu Patenschaften von Regelschulen und Förderschulen. Er weist darauf hin, dass die Konzeptentwicklung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich Schule von den Vorgaben des Landes NRW abhängt und hier abzuwarten ist, welche gesetzlichen Vorgaben erfolgen werden. Auf Nachfrage teilt er mit, dass bei den Überlegungen zur Inklusion in der Schule auch ein Austausch mit den Erfahrungen anderer Kommunen erfolgt und auch Konzepte aus anderen Ländern Impulse geben können.

Frau Pinke hebt hervor, dass mit Blick auf Themen wie Schulmüdigkeit und Schulverweigerung präventive Maßnahmen im Grundschulbereich eine besondere Bedeutung haben und in diesen Bereichen daher keine Kürzungen erfolgen sollten (z.B. keine Kürzungen des Innovationsbudgets für den Offenen Ganztag). Frau Koch weist darauf hin, dass bei den Haushaltsberatungen grundsätzlich darauf geachtet werden sollte, dass angemessene Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Inklusion geschaffen werden.

Im Folgenden berät die KIB den Änderungsantrag von Herrn Geuckler. Zu Ziffer 4.8. erläutert Herr Ehling, dass die Stadt Münster nicht die allein zuständige Stelle ist, um den gemeinsamen Unterricht in der Sekundarstufe I an weiteren Schulen einzuführen.

Daher verständigt sich die KIB auf folgende Fassung der Ziffer 4.8.:

...bis zur Realisierung des Konzeptes zur Umsetzung der UN-Konvention darauf hinzuwirken, dass gemeinsamer Unterricht in der Sekundarstufe I an weiteren Schulen eingeführt wird.

Im Folgenden stimmt die KIB dem Beschlussvorschlag in der ergänzten Fassung einstimmig (1 Enthaltung) zu und beschließt, dem Rat folgenden Beschluss zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt das beiliegende Rahmenkonzept zur Schulentwicklungsplanung zur Kenntnis.
2. Die formulierten Leitlinien
 - 2.1 ein Schulangebot vorzuhalten, das dem Anspruch Münsters als Bildungs- und Wissenschaftsstadt gerecht wird,
 - 2.2 Rahmenbedingungen zu schaffen, die jedem Kind die Möglichkeit bieten, sein individuelles Bildungspotenzial auszuschöpfen,
 - 2.3 ein Schulangebot vorzuhalten, das gesellschaftliche Veränderungen und differenzierte Lebenssituationen berücksichtigt,

werden als handlungsleitend für den Prozess der Schulentwicklungsplanung beschlossen.
3. Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis, dass die Vorschläge des Rahmenkonzeptes zum Teil weiterer Vorprüfungen und Konkretisierungen bedürfen und in der Umsetzung auch unterschiedliche zeitliche Perspektiven zu erwarten sind. Die Vorschläge betreffen
 - strukturverändernde und infrastrukturelevante Maßnahmen (Ziffer 4),
 - strukturergänzende Maßnahmen / Prüfaufträge (Ziffer 5),
 - Sofortmaßnahmen (Ziffer 6).
4. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 4.1 die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für eine integrierte 5-zügige städtische Gesamtschule zu prüfen. Dabei sind neben räumlichen Aspekten insbesondere die Auswirkungen auf andere Schulformen darzustellen,
 - 4.2 ein Konzept für die Realisierung einer städtischen Produktionsschule zu entwickeln, die entweder zentral als Schulstandort oder dezentral in verschiedenen Stadtteilen angelegt ist,

- 4.3 zu überprüfen, an welchen Standorten eine Zusammenlegung/Auflösung von Grundschulen unter Berücksichtigung von pädagogischen sowie auch immobilien- und personalwirtschaftlichen Gesichtspunkten möglich ist,
 - 4.4 die pädagogischen Modelle der Wartburg-Grundschule sowie der Grundschule Berg Fidel / Geistschule gemeinsam mit den Schulen weiter zu entwickeln sowie Kosten und Konsequenzen der Umsetzung darzulegen,
 - 4.5 die Bereitschaft bestehender Schulen zur Gründung von Gemeinschaftsschulen zu ermitteln,
 - 4.6 die Einrichtung einer internationalen Schule am Standort der Hugo-de-Groot-School aktiv zu unterstützen,
 - 4.7 korrespondierend zu Vorgaben und Empfehlungen des Landes dem Rat bis Ende 2011 ein Konzept zur schrittweisen Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Inklusion) vorzulegen. **Dieses Konzept umfasst nicht nur Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an städtischen Schulen, sondern alle Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in der Stadt Münster.**
 - 4.8 **bis zur Realisierung des Konzeptes zur Umsetzung der UN-Konvention darauf hinzuwirken, dass gemeinsamer Unterricht in der Sekundarstufe I an weiteren Schulen eingeführt wird.**
5. Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis,
- 5.1 dass im Rahmen der qualitativen Schulentwicklungsplanung die strukturergänzenden Maßnahmen zur Schulsozialarbeit, Schulmüdigkeit und Schulverweigerung sowie zum Übergangmanagement Kita / Schule und Schule / Beruf weiter entwickelt werden.
 - 5.2 dass die Verwaltung auf der Grundlage des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung erstellten Anwendungsleitfadens zur systematischen und laufenden Flankierung der Schulentwicklungsplanung ein Bildungsmonitoring aufbauen wird (s. hierzu Beschluss des Rates vom 17.03.2010 zur Vorlage V/007/2010 „Weiterentwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion Münster“). Dieses soll ergänzt werden um eine periodische Bildungsberichterstattung.

6. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 6.1 nach den Erfahrungen des letzten Anmeldeverfahrens für Hauptschulen parallel zur Beschlussfassung über das Rahmenkonzept einen Beschlussvorschlag über die Reduzierung der Hauptschulen um zunächst 1 Schule vorzulegen,
 - 6.2 kurzfristig Gespräche mit den städtischen Gymnasien aufzunehmen mit dem Ziel einer Neufestlegung der Zügigkeiten (Sek. I und Sek. II) zum Schuljahr 2012/2013,
 - 6.3 dem Rat Vorschläge zur Neuausrichtung der OGTS-Standards vorzulegen. Diese sollen sich orientieren an
 - ⇒ den tatsächlich vorhandenen Raumkapazitäten und deren Grenzen,
 - ⇒ Möglichkeiten multifunktionaler Raumnutzungen.
7. Die Anträge A-R/0005/2010 der CDU-Fraktion „Schulentwicklungsplanung: Beratung inhaltlich vorbereiten“ sowie A-R/0019/2010 der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Münsters Schullandschaft weiterentwickeln - ein Bildungsbericht für Münster für einen neuen Anfang in der Schulentwicklungsplanung“ sind erledigt.
8. Der Rat nimmt angesichts der äußerst schwierigen Haushaltslage zur Kenntnis, dass für die weitere Umsetzung der vorgenannten Beschlusspunkte nicht notwendigerweise zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Ziel der Verwaltung ist, mit der Schulentwicklungsplanung einhergehende qualitative Verbesserungen möglichst kostenneutral zu erreichen.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0547/2010

Verbesserungen an Haltestellen - Förderprogramme 2011

Frau Hecht erläutert die Vorlage und beantwortet Fragen der Mitglieder.

Herr Knüvener weist auf die Bedeutung der Haltestelle am Kappenberger Damm hin (Umstieg von der Linie 7 zur Linie 2 zum Clemenshospital). Dazu teilt Frau Hecht mit, dass der Umbau dieser Haltestelle in Planung ist.

Herr Knüvener teilt ferner mit, dass die Haltestelle an der Kanalstraße/Ecke Maximilianstraße barrierefrei ausgebaut werden sollte, da in der Wohnanlage an der Maximilianstraße Nr. 13 viele Menschen mit Behinderungen leben und sich ferner in den Räumen häufig auch Gruppen von Menschen mit Behinderungen treffen.

Frau Wibben weist darauf hin, dass die Haltestelle am Haus Münsterland in Handorf (Fliegerhorst) nur in Richtung stadtauswärts barrierefrei ausgebaut ist und regt an, auch die Haltestelle stadteinwärts barrierefrei auszubauen, da das Haus Münsterland eine barrierefreie Einrichtung ist und dort auch Veranstaltungen stattfinden.

Herr Hakenes informiert über die Anregung der Seniorenvertretung zur Verbesserung an der Haltestelle „Kanalstraße stadtauswärts“. Dort ist die Haltestelle zu nah an der Fahrbahn. Dazu teilt Frau Hecht mit, dass die Wartehalle ausgetauscht wird und sich die Situation dadurch verbessert.

Frau Koch informiert über die Situation an der Haltestelle „An der Hansalinie“ (Weseler Straße/Ecke Untietheide). Diese Haltestelle wird von vielen Menschen mit Behinderungen genutzt, die in einem Betrieb der Alexianer arbeiten. Insbesondere für die gehörlosen Menschen stellt der kreuzende Radverkehr eine starke Gefährdung da, so dass eine andere Führung des Fuß- und Radweges geplant werden sollte (Fuß- und Radweg hinter der Wartehalle). Der Platz vor der Wartehalle ist sehr klein und wird beim Aufstellen einer neuen größeren Wartehalle nicht ausreichen. Frau Koch hat dieses Anliegen an Herrn Adams (Referent des Stadtdirektors) weitergegeben und er will mit der Wall-AG eine Lösung entwickeln. Frau Hecht informiert, dass die Wartehalle an dieser Haltestelle zukünftig nicht mehr im Geh- und Radwegbereich stehen wird. Frau Koch regt an, diese Haltestelle auch barrierefrei umzubauen (in beiden Richtungen).

Frau Koch teilt mit, dass die Wartehalle an der Haltestelle Weseler Straße/Nähe Brillux zu nah an der Straße steht.

Frau Hecht teilt mit, dass sie die vorgetragenen Anregungen und Hinweise zu Haltestellen aufgreifen und prüfen wird.

Frau Koch weist darauf hin, dass die in der Vorlage dargestellten Planungen nur auf den reduzierten Ansatz von 400.000 € ausgerichtet sind. Auf Nachfrage teilt Frau Hecht mit, dass bei einer Beibehaltung des bisherigen Haushaltsansatzes weitere Haltestellen umgebaut werden können. Da die Kosten für den Umbau jedoch je nach Haltestelle variieren (ca. 20.000 bis 60.000 €) kann nicht genau benannt werden, wie viele weitere Haltestellen dann umgebaut werden können.

In der sich anschließenden Diskussion wird deutlich, dass die Mitglieder der KIB der Vorlage nicht zustimmen möchten, da die Planungen von einer Reduzierung des Haushaltsansatzes ausgehen, die KIB sich aber in ihren Hinweisen zum Sparkonzept gegen diese Reduzierung ausgesprochen hat. Sofern im Rahmen der Haushaltsberatungen der bisherige Ansatz beibehalten wird, wäre neu zu überlegen, welche Prioritäten beim Ausbau gesetzt werden sollten. Auch unabhängig von der Frage des Haushaltsansatzes hat die KIB noch Austauschbedarf zu den Prioritäten in der Vorlage. Herr Knüvener weist darauf hin, dass bei der Prioritätenbildung darauf geachtet werden muss, dass insbesondere Einrichtungen der Daseinsvorsorge (u.a. Krankenhäuser) barrierefrei erreicht werden können.

Vor diesem Hintergrund schlägt Frau Koch vor, die Beratung/Beschlussfassung der Vorlage in der nächsten Sitzung am 30.11.2010 vorzunehmen und den Planungsausschuss zu bitten, die Vorlage erst nach der Beratung der KIB am 30.11.2010 zu beschließen.

Mehrere Mitglieder der KIB weisen darauf hin, dass eine Verschiebung der Beratung nicht dazu führen darf, dass die Förderung nicht rechtzeitig beantragt werden kann und sich die Umbaumaßnahmen verzögern. Frau Hecht informiert, dass die Förderung bis Mitte Januar beantragt werden muss.

Zur Vorbereitung der Sitzung der KIB am 30.11.2010 soll das Thema in der Sitzung der Arbeitsgruppe Stadtplanung und Verkehr der KIB (AG 5) am 23.11.2010 behandelt werden. Alle Mitglieder der KIB, die Anregungen zum Haltestellenausbau haben, werden gebeten, die Anregungen möglichst bis zum 15.11.2010 an Frau Rüter weiterzugeben.

Abschließend beschließt die KIB, die Vorlage in der Sitzung am 30.11.2010 zu beraten und den Planungsausschuss zu bitten, erst nach der Beratung in der KIB über die Vorlage zu entscheiden.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0707/2010

Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2009 bis 2020 der Stadt Münster

Herr Dr. Hauff erläutert die Vorlage und beantwortet Fragen.

Herr Knüvener stellt heraus, dass der Bericht eine gute Grundlage für Planungen bietet. Er weist darauf hin, dass vertiefende Informationen zu einigen Themenbereichen benötigt werden, so zum Beispiel Daten zur gesundheitlichen Versorgung. Dazu informiert Herr Dr. Hauff, dass der Bericht eine Grundlage für die Fachplanungen bei der Stadtverwaltung (z.B. Gesundheitsplanung, Sozialplanung) bietet und weitere Informationen durch die jeweiligen Fachplanungen zu erarbeiten wären. Wenn möglich, leistet das Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung hierzu bezogen auf die kleinräumige Bevölkerungsprognose Unterstützung.

Herr Dr. Hauff berichtet auf Nachfrage, dass beim Stadtgespräch zum Thema „Lebenswelten im Wandel - Wohnen“ am 25.10.2010 Ergebnisse der Bürgerumfrage 2009 vorgestellt wurden. Informationen zur Bürgerumfrage können in Kürze auf der Internetseite des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung abgerufen werden: <http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/strategie-umfragen.html> .

Frau Koch weist auf die Bedeutung der Haushalteprognose als eine Grundlage für wohnungswirtschaftliche Fragen hin. Herr Dr. Hauff informiert, dass die Haushalteprognose voraussichtlich im Frühjahr 2011 vorliegen wird.

Die KIB nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung

Berichte aus den Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppen haben folgende Sitzungen durchgeführt:

AG 2 - Wohnen, Pflege, Gesundheit: 12.10.2010

AG 3 - Arbeit: 23.09.2010

AG 4 - Freizeit, Sport, Kultur, Weiterbildung: 28.09.2010

AG 5 - Stadtplanung und Verkehr: 31.08.2010

Herr Knüvener erläutert den Antrag der AG 2 (Tischvorlage).

Die KIB beschließt einstimmig folgende Anregung an das Gesundheitsamt der Stadt Münster:

Das Gesundheitsamt wird gebeten, die Berichte des Gesundheitsamtes zur kommunalen psychosozialen Versorgung und der Integration von psychisch kranken Menschen in Münster um folgende wichtige Bereiche zu ergänzen:

- 1. gerontopsychiatrische Versorgung von demenzerkrankten Menschen**
- 2. psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten**

Die Gesundheitskonferenz wird gebeten, das Thema „gerontopsychiatrische Versorgung von demenzkranken Menschen“ aufzugreifen.

Begründung:

Zu 1.

Exakte Fakten und Zahlenmaterial über die Versorgung von demenzkranken Menschen in Münster liegen bisher nicht vor und sollten daher in einem Bericht dokumentiert werden. Die KIB schlägt ferner vor, dass dieses Thema in der Gesundheitskonferenz behandelt wird, da dort die für dieses Thema wichtigen Institutionen mitarbeiten.

Zu 2.

Die Situation von Kindern und Jugendlichen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, gerät immer mehr in den Focus der Diskussion. Sofern diese Personengruppe psychiatrisch behandlungsbedürftig ist (laut Fachliteratur sind ca. 60-80 % dieser Kinder und Jugendlichen psychiatrisch behandlungsbedürftig), wird sie versorgt. Es ist allerdings nicht klar, ob dies in ausreichendem Maße geschieht. Zu diesem Bereich liegen keine Zahlen vor. Die KIB sieht dringenden Handlungsbedarf und bittet um Berichterstattung.

Punkt 7 der Tagesordnung

Berichte aus Gremien, in denen die Kommission vertreten ist

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung

Herr Knüvener berichtet, dass Frau Dr. Siemer-Eikermann in der Sitzung des ASGAf am 27.10.2010 über die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung in Münster informiert hat (Zwischenbericht).

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Koch schlägt vor, dass die Arbeitsgruppe 1 sich mit den „Richtlinien des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe über die Förderung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen“ beschäftigt, und zwar mit der Regelung, dass eine Förde-

rung für maximal 4 Kinder mit Behinderungen pro Kita erfolgen kann. Hier wäre zu überlegen, ob eine Änderung der Richtlinien angeregt werden sollte.

Frau Koch informiert, dass sie von einem privaten Investor angesprochen wurde, der ein Grundstück in Münster sucht, um barrierefreie Wohnungen zu bauen und mit seinen Bemühungen bisher keinen Erfolg hatte. Frau Koch hat Kontakt zum Amt für Immobilienmanagement aufgenommen und will zu diesem Thema ein Gespräch führen. Herr Knüvener informiert, dass die Arbeitsgruppe 2 das Thema „Wohnraumversorgung“ in ihrer nächsten Sitzung am 10.11.2010 aufgreifen wird.

Frau Koch weist auf einen aktuellen Presseartikel in den WN hin, in dem Auswirkungen von geplanten Einsparungen im Bereich der Arbeitsförderung thematisiert werden. Sie bittet Frau Pinke, das Thema bei Bedarf in der Arbeitsgruppe 3 aufzugreifen.

gez.
Marianne Koch
Vorsitzende

gez.
Doris Rüter
Schriftführung